



Deutscher Bundestag

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammen-
arbeit und Entwicklung

Wortprotokoll der 19. Sitzung

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Berlin, den 12. Oktober 2022, 11:00 Uhr

JKH, Jakob-Kaiser-Haus

1.302

Vorsitz: Dr. Karamba Diaby, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Tagesordnungspunkt

Seite 3

Öffentliche Anhörung zum Thema:
„Klimabedingte Schäden und Verluste: Unterstüt-
zung der Menschen in den von der Klimakrise am
stärksten betroffenen Regionen bei der Bewälti-
gung“



Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Abdi, Sanae Castellucci, Dr. Lars Gava, Manuel Schamber, Rebecca Sthamer, Nadja Türk-Nachbaur, Derya	Baehrens, Heike Diaby, Dr. Karamba Hagedorn, Bettina Heinrich, Gabriela Keller, Rainer Johannes Lugk, Bettina Scheer, Dr. Nina Stamm-Fibich, Martina
CDU/CSU	Kippels, Dr. Georg Klein, Volkmar Rachel, Thomas Stefinger, Dr. Wolfgang Ziemiak, Paul Zippelius, Nicolas	Gröhe, Hermann Grübel, Markus Hierl, Susanne Leikert, Dr. Katja Rüddel, Erwin Weiss (Wesel I), Sabine
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Düring, Deborah Gesenhues, Dr. Jan-Niclas Henneberger, Kathrin Menge, Susanne	Schauws, Ulle Schulz-Asche, Kordula Uhlig, Katrin Wagner, Johannes
FDP	Gerschau, Knut Hoffmann, Dr. Christoph Mansmann, Till	Beeck, Jens Boginski, Friedhelm Lambsdorff, Alexander Graf
AfD	Friedhoff, Dietmar Frohnmaier, Markus Naujok, Edgar	Kaufmann, Dr. Malte Keuter, Stefan Weyel, Dr. Harald
DIE LINKE.	Möhring, Cornelia	Domscheit-Berg, Anke



Tagesordnungspunkt

Öffentliche Anhörung zum Thema:

„Klimabedingte Schäden und Verluste: Unterstützung der Menschen in den von der Klimakrise am stärksten betroffenen Regionen bei der Bewältigung“

Der Vorsitzende (Abg. Dr. Karamba Diaby): Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu nehmen, damit wir pünktlich anfangen können. Online sehen wir schon einige Referenten und Referentinnen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Sie alle ganz herzlich zu dieser ÖA des AwZ begrüßen. Der stellvertretende Vorsitzende unseres Ausschusses, Dr. Hoffmann, lässt sich entschuldigen, weil er heute an einer ganz wichtigen Tagung der IPU in Kigali in Ruanda teilnimmt. Als dienstältestes Mitglied werde ich dementsprechend heute diese Sitzung leiten. Die Beiträge unserer fremdsprachigen Sachverständigen werden, sofern sie über Interactio zugeschaltet sind, simultan gedolmetscht. Da die Lebensläufe der Sachverständigen Ihnen allen vorliegen, möchte ich aus zeitlichen Gründen darauf verzichten, sie ausführlich vorzustellen, denn Sie können das nachlesen. Ich möchte aber nicht versäumen, mich bei allen Sachverständigen für die eingereichten schriftlichen Stellungnahmen zu bedanken. Diese wurden allen Ausschussmitgliedern als A-Drs. zur Kenntnis gegeben und auf die Homepage des Deutschen Bundestages gestellt. Nicht zuletzt heiße ich unsere Zuschauer an den Bildschirmen des Parlamentsfernsehens ganz herzlich willkommen. Ich wünsche Ihnen eine hoffentlich Ihre Erwartung erfüllende Anhörung; ich habe keinen Zweifel, dass Sie zufrieden sein werden. Die Planer

der Anhörung haben mir einige Minuten Redezeit eingeräumt, um das Verfahren zu erläutern. Für die Anhörung wurden 6 Sachverständige eingeladen. Ursprünglich waren für die ÖA 120 Minuten vorgesehen. Zwischenzeitlich wurde jedoch der Wunsch geäußert, dass die Sachverständigen ein kurzes Statement abgeben sollen, und dafür sind je 2 Minuten vorgesehen. Insofern kann es sein, dass wir das geplante Ende der Anhörung von 13:00 Uhr leicht überziehen. Dafür bitte ich um Verständnis. Die Anhörung ist thematisch in zwei Blöcke aufgeteilt. Block 1 zielt auf eine Bestandsaufnahme bestehender und das Abwägen bisheriger Instrumente zum Umgang mit Schäden und Verlusten. Block 2 zielt auf Fragen der Ausgestaltung künftiger neuer Instrumente für den Umgang mit Schäden und Verlusten. In jedem Themenblock gibt es eine Fragerunde. Jede Fraktion hat 3 Minuten Zeit für ihre Fragen. Im Anschluss haben die Sachverständigen Gelegenheit, 7 Minuten zu antworten. Ich werde auf die Zeit achten, damit wir pünktlich aufhören, das haben Sie sicherlich auch erwartet. Sollte dann noch Zeit übrigbleiben, können ggf. Nachfragen gestellt werden. Das Rederecht innerhalb jeder Fraktion ist jeweils intern abzuklären und anzuzeigen. Das ist so auch geschehen, denn wir haben die Namen aller Kolleginnen und Kollegen, die im Namen der Fraktion sprechen werden, vorliegen. Ich bitte alle Fragesteller darum, 1.) vor Redebeginn das Mikrofon einzuschalten und am Ende wieder auszuschalten und 2.) zu sagen, an welche Sachverständige oder welchen Sachverständigen die Frage gerichtet ist. Soweit zum Verfahren, und nun können wir mit der eigentlichen Anhörung beginnen.



Themenblock 1: Bestandsaufnahme bestehender und das Abwägen bisheriger Instrumente zum Umgang mit Schäden und Verlusten aus unterschiedlichen Perspektiven

Der Vorsitzende: Ich rufe den Themenblock 1 auf: Bestandsaufnahme bestehender und das Abwägen bisheriger Instrumente zum Umgang mit Schäden und Verlusten aus unterschiedlichen Perspektiven. Die Sachverständigen werden in alphabetischer Reihenfolge zu Wort kommen. Als erste begrüße ich in Präsenz, links neben mir sitzend, Frau Sabine Minninger. Frau Minninger ist Referentin für Klimapolitik bei BfDw. Herzlich willkommen, und Sie haben das Wort.

Sabine Minninger (Referentin für Klimapolitik, BfDw): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete. Für BfDw darf ich mich ganz herzlich für diese Einladung bedanken, als Sachverständige zum Thema „Loss and Damage“ sprechen zu dürfen. Bisher in der Geschichte der Weltklimaverhandlungen der VN konnten die Verursacher der Klimakrise erfolgreich die Kompensationsansprüche der Ärmsten und vom Klimawandel am meisten betroffenen Länder weg verhandeln. So auch beim letzten Klimagipfel in Glasgow. Statt auf die Forderung der ärmsten Staaten nach einer Finanz-Fazilität für aufgetretene Klimaschäden einzugehen, hat man sich nur auf einen 3-jährigen Dialog in Glasgow einigen können, der allerdings noch keine Meilensteine beinhaltet und zudem ergebnisoffen ist. Da ist nichts vorgesehen, was dabei am Ende herauskommen soll. Der IPCC Mechanismus zu „Loss and Damage“ ist dagegen eine politisch relevante Arbeitsgruppe, die seit 2013 besteht, die

aber bisher seine Aufgaben in puncto Unterstützung, im Englischen heißt es konkret „Enhancing action and support including finance“ nicht geleistet hat. Das vor 3 Jahren eingerichtete „Santiago-Netzwerk für den erleichterten Zugang zu technischer Unterstützung beim Umgang mit Schäden und Verlusten“ ist ein konkreter Implementierungsarm, zumindest ist es so angedacht und soll bei der nächsten COP auch institutionalisiert und eingerichtet werden. Allerdings ist dieses Netzwerk nicht mit Finanzmitteln ausgestattet und wird dementsprechend beim Auftreten von Klimaschäden nicht wirklich helfen können. Konkret fordern wir als Zivilgesellschaft daher, und hier kann ich auch sprechen für die Klimaallianz, VENRO und dem Climate Action Network International, deren Direktorin Tasneem Essop heute auch noch dran ist. Gemeinsam haben wir uns hinter die Forderung der ärmsten und verletzlichsten Staaten gestellt, eine „Loss and Damage Finance Facility“ einzurichten. Diese Finanz Fazilität muss mit Finanzmitteln aufgefüllt werden, die zusätzlich zur Anpassung und Klimafinanzierung für Klimaschutz, zur HH und zur EZ-Finanzierung hinzukommen. Warum? Weil Klimaschäden 4mal teurer sind, z.B. als eine angemessene Anpassungsfinanzierung, und deshalb würden die Klimaschäden die anderen Finanztöpfe kannibalisieren. Klimarisikoversicherungen sind ein Instrument, um auf Klimaschäden zu reagieren, und sie helfen zumindest, dass Staaten ganz schnell wieder auf die Beine kommen; sie sind also ein konkretes Hilfsmittel. Allerdings ist deren Ausgestaltung bis jetzt unzureichend, um auf Klimaschäden zu antworten, denn sie funktionieren nicht bei allen Klimaschäden, und



sie sind auch keine Antwort auf Klimagerechtigkeit. Herzlichen Dank.

Der Vorsitzende: Herzlichen Dank für Ihren inhaltlichen Input. Wir kommen zum zweiten Sachverständigen. Dr. Peter Vögele ist Physiker, und auch in Präsenz hier. Bitte, Sie haben das Wort.

Dr. Peter Vögele (Physiker): Vielen Dank für die Einladung. Ich bin Naturwissenschaftler und beschäftige mich seit 30 Jahren mit der Klimaproblematik. Ich möchte Ihnen 3 Punkte vortragen: 1.) CO₂ hat keinen Einfluss auf das Klima. Deshalb hat auch die menschliche Verbrennung keinen Einfluss auf das Klima, und deswegen haben auch die CO₂-Emissionen der Industrieländer keinen Einfluss auf das Klima. Das heißt, die eventuell schon entstandenen Schäden sind eben nicht der industriellen Verbrennung anzulasten. Es gibt also auch keine Klimagerechtigkeit in diesem Sinne. 2.) Die wesentlichen Probleme der Entwicklungsländer sind Bevölkerungsexplosion und damit verbunden Hunger und Krankheit, Bürgerkriege und ethnische Konflikte und Korruption auf allen Ebenen. Das sind alles Punkte, die mit dem Klima gar nichts zu tun haben. Insofern ist die Fokussierung auf eine klimabedingte Entwicklungshilfe vollkommen falsch. 3.) Es gibt eigentlich nur zwei Motive für Entwicklungshilfe: Das eine ist die HH, und das andere ist wirtschaftliche Zusammenarbeit unter Berücksichtigung der eigenen nationalen Interessen. In anderen Worten: Wir sollten eigentlich länderspezifische technologische Projekte fördern, so ähnlich wie wir hier kurzfristig die Gründung von Firmen fördern; solche Projekte sollten dann nach Erreichen der wirtschaftlichen Rentabilität

nicht weiter gefördert werden. Damit bin ich am Ende.

Der Vorsitzende: Wir kommen somit zur 3. Expertin in der Runde. Ich hoffe, Sie hören uns, Frau Dr. Zwick? Herzlich Willkommen in der Runde, und ich bitte Sie um Ihren Input.

Dr. Astrid Zwick (Leiterin des Sekretariates InsuResilience, GIZ): Dankeschön, sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Abgeordnete. Durch Wirbelstürme, Dürre und Überflutungen kommt es besonders in einkommensschwachen Ländern des Globalen Südens zum Verlust von Hab und Gut. Ernten bleiben aus, das Vieh muss verkauft werden, Kinder müssen aus der Schule genommen werden, Menschen verlieren ihre Einkommensgrundlage. Die armen und verletzlichen Menschen und Regierungen warten auf HH; die kommt jedoch sehr spät. Das kann bis zu einem Jahr oder länger dauern. Man braucht aber schnelle und wirksame Hilfe, um wieder auf die Füße zu kommen. Hier setzt die InsuResilience Global Partnership an. Diese globale Partnerschaft, geführt durch die Gruppen der V20- und G20-Länder, unterstützt die Klimarisikofinanzierungsversicherungen, sodass einkommensschwache Länder schnell Auszahlungen erhalten, um ihre Notfallpläne zu lancieren und Menschen mit Wasser, Nahrung oder Saatgut zu versorgen bzw. klimaresiliente Infrastrukturen wieder aufzubauen. Diese Partnerschaft hat 24 Programme in über 100 Ländern, und so konnten 2021 bereits 150 Millionen Menschen unter Klimaschutz gestellt werden. Diese Programme zeigen Erfolge: 2020 gab es im Senegal eine Dürre, und es erfolgt eine Auszahlung von 12 Mio.



Euro durch den afrikanischen Risikopool, und daran war auch noch Maßnahmen der HH gekoppelt. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen haben noch einmal 10 Mio. Euro direkt ausgezahlt, was sogar noch vor der Dürre geschehen war, getriggert durch geringen Niederschlagswert. Die Deckungslücke ist aber noch sehr groß. Es gibt viele Akteure, das Umfeld ist sehr fragmentiert. Daher hat die Bundesregierung zusammen mit den G7-Ländern den Vorschlag zu einem globalen Schutzschirm gegen Klimarisiken erarbeitet, der zur COP27 lanciert werden soll. Dieser Schutzschirm soll auf der InsuResilience Global Partnership aufsetzen. Er soll helfen, dass die Strategien bedarfsgerecht und systematisch in den wohlhabenden Ländern erarbeitet und eine nachhaltige Wirkung erzielt werden kann. Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Herzlichen Dank für Ihre Ausführungen und für die Disziplin, zeitlich nicht zu sehr zu überziehen. Nun kommen wir zum Beitrag der einzelnen Fraktionen. Ich habe heute eine Doppelfunktion. Ich bin Berichterstatter meiner Fraktion, der SPD, und werde anfangen. Von der Fraktion der CDU/CSU ist Herr Zippelius, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN per Interactio zugeschaltet ist Frau Henneberger, Herr Mansmann von der Fraktion der FDP folgt, danach Herr Frohnmaier von der Fraktion der AfD und schließlich, auch per Interactio, Frau Möhring von der Fraktion DIE LINKE.

Abg. Dr. Karamba Diaby (SPD): Sehr verehrte Sachverständige, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich bedanke mich zunächst bei den Sachverständigen, die uns heute ihre herausragende Expertise in Bezug auf die bestehenden Instrumente für klima-

bedingte Schäden und Verluste bereitstellen. Fest steht, dass wir uns im Vorfeld der COP27 verstärkt mit der Mobilisierung von Klimafinanzierung und mit der Absicherung für die am stärksten von Klimaschäden betroffenen Länder auseinandersetzen müssen. Bereits jetzt können zahlreiche Staaten des Globalen Südens aufgrund der multiplen Krisen, die bekannt sind, die Schuldenlast nicht mehr allein tragen. Darauf müssen wir rechtzeitig reagieren. Deshalb ist es aus unserer Sicht wichtig, dass wir die bestehenden Instrumente im Umgang mit Loss and Damage evaluieren und aus Erfolgen und Fehlern gleichermaßen lernen. Nun meine Fragen. Frau Minninger, inwieweit erkennen die bestehenden Instrumente die realen Bedürfnisse der Staaten des Globalen Südens und von vulnerable Gruppen, wie beispielsweise Frauen und Kinder? Meine weiteren Fragen gehen an Frau Dr. Zwick. Können Klimarisikoversicherungen eine wirksame Lösung im Umgang mit Schäden und Verlusten sein? Wie kann in diesem Zusammenhang sichergestellt werden, dass benachteiligte Bevölkerungsgruppen, wie Frauen, gleichfalls Zugang zu den Versicherungen erhalten? Welche Rollen können digitale Instrumente und die Digitalisierung beim gleichberechtigten Zugang zu Klimarisikoversicherungen spielen, und wie sollte die deutsche EZ diese unterstützen?

Abg. Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Danke Herr Vorsitzender, und Danke an die Experten für ihre Ausführungen. Mehr als die Hälfte der Menschen ist bereits heute besonders verwundbar gegenüber den Auswirkungen der Klimakrise. Deswegen ist es umso wichtiger, dass diese ÖA heute stattfindet. Ich will direkt zu den Fragen kommen, weil



die Zeit einigermaßen begrenzt ist. Frau Dr. Zwick, welche Rolle spielen bei Klimarisikoversicherungsprodukten die örtlichen regulatorischen Bedingungen, damit die Menschen diese Instrumente überhaupt nutzen können? Gibt es da Länder, in denen es besser funktioniert, und Länder, in denen es schlechter funktioniert. Woran liegt das dann? Als Ergänzung, sehen Sie hier, wenn es Unterschiede gibt, Änderungsbedarf im deutschen EU-Recht, um Instrumente voranzubringen. Das wäre eine Ergänzungsfrage, wenn Sie darauf auch eingehen könnten. Wir alle kennen das Beispiel, dass eine Versicherung im Versicherungsfall dann plötzlich aus unterschiedlichsten Gründen doch nicht zahlt, weil beispielsweise der Versicherungsnehmer unterschiedliche Bedingungen nicht erfüllt hat oder eine Mitschuld am Schaden unterstellt wird. Deswegen ist meine Frage bezüglich der Klimarisikoversicherungsprodukte und den Auszahlungen, ob diese an bestimmte Maßnahmen geknüpft sind, die z. B. auch vom Abnehmer zu ergreifen sind. Vielleicht können Sie dazu Erläuterungen machen, z. B. im Bereich der Vorbeugung von Schäden. Achtet jemand darauf, ob die Abnehmer in einem Entwicklungsland diese Maßnahme im Vorfeld oder dann zum bestehenden Zeitpunkt überhaupt ergreifen können? Ich bedanke mich.

Abg. Kathrin Henneberger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Die Auswirkungen der Klimakrise führen bereits jetzt dazu, dass Regionen durch Verwüstung oder durch den Anstieg des Meeresspiegels unbewohnbar werden, und gleichzeitig erleben wir, wie aktuell in Pakistan, wie Regionen durch Wetterextreme so sehr zerstört werden, dass die gesamte Infrastruktur neu auf-

gebaut werden muss. Verluste und Schäden der Klimakrise sind das, was die Menschen jetzt betrifft und nicht erst irgendwann in der Zukunft. Deshalb meine Frage an Frau Minninger und an Frau Dr. Zwick, wie hoch sind aus Ihrer Perspektive die Schäden und Verluste mit Blick auf die 1,5 Grad-Grenze, und auch auf eine mögliche Erhitzung auf 2 oder 3 Grad. Wie entwickeln sich die unterschiedlichen Szenarien des IPCC, wie verstärken sich die Schäden und Verluste in den nächsten Jahren, und wie hoch sind sie heute bereits. Die weitere Frage ist daran gekoppelt: Welche Verantwortung sollte, aus Ihrer Perspektive, Deutschland als Industrienation, auch finanziell, übernehmen. Des Weiteren interessiert mich, inwieweit die aktuellen Instrumente zur Bewältigung von klimabedingten Schäden und Verlusten den realen Bedarf der Bevölkerungsgruppen in Globalen Süden abdecken, und welcher Bedarf wird aktuell nicht abgedeckt? Außerdem finde ich es sehr wichtig, dass wir auch über die nichtökonomischen Schäden durch Verluste und Schäden der Klimakrise sprechen, wie beispielsweise der Anstieg des Meeresspiegels und damit der Verlust der Biodiversität. Inwieweit sind diese bereits abgedeckt, und welche Instrumente könnten diese abdecken? Klimarisikoversicherungen sind ein Puzzlestein im gesamten Gebilde unterschiedlicher Instrumente, aber sie reichen natürlich nicht aus, um alle Schäden und Verluste auszugleichen. Außerdem besteht die Gefahr, dass sich Industrienationen auch hier aus der Verantwortung stehlen. Deswegen würde mich interessieren, welche weiteren Instrumente es neben einem Klimarisikoschild geben kann. Dankeschön.



Abg. Till Mansmann (FDP): Vielen Dank Herr Vorsitzender. In der Tat haben wir bei dem Kampf gegen den Klimawandel drei wichtige Sachen zu beachten. 1.) Die Prävention, also die Dekarbonisierung. 2.) Die Anpassung an die leider inzwischen unvermeidlichen Folgen. Das hat viel mit Investitionen zu tun. 3.) Loss and Damage, den wir bisher am wenigsten Aufmerksamkeit gewidmet haben. Deswegen freue ich mich, dass wir heute darüber intensiv sprechen. Es geht zum einen darum, Geldmittel in irgendeiner Form bereitzustellen, und es geht zum anderen auch darum, neue Instrumente zu entwickeln. Dazu sind schon viele Fragen gestellt worden. Mich interessieren insbesondere die juristischen Fragen, die auftauchen. Wie kann man die angehen, und welche Lösungsvorschläge haben Sie da vielleicht schon entwickelt, beispielsweise bei einem Waldbrand, der irgendwie von Menschen verursacht, aber vom Klimawandel sozusagen vorbereitet wurde? Wie kann man die Schäden so gegeneinander abgrenzen, dass eine Versicherung entsprechend greifen kann? Wenn ich ein Finanzinstrument habe, muss ich das ja irgendwie verteilen und auch juristisch fassen. Es sind vor allem vulnerable Staaten, wo wir handeln müssen, und innerhalb dieser vulnerablen Staaten müssen wir noch besonders auf vulnerable Zielgruppen achten. Wie können wir sicherstellen, dass genau diese auch erreicht werden? Die Fragen sind für Frau Dr. Zwick und Frau Minninger, danke.

Abg. Markus Frohnmaier (AfD): Vielen Dank Herr Vorsitzender. Ich möchte mich ebenfalls herzlich bei den Sachverständigen bedanken. Mich freut, dass wir heute eine Meinungsvielfalt haben. Meine Fragen ge-

hen an Herrn Dr. Vögele. Herr Dr. Vögele, wir haben eine steigende CO₂-Konzentration in der Luft, und in Ihren Ausführungen haben Sie vom sogenannten CO₂-Düngeeffekt berichtet. Wir können auf den Satellitenaufnahmen des Globalen Südens sehen, dass hier tendenziell sogar von einem Ergrünen und nicht von einer quasi Wüste die Rede sein müsste. Vielleicht können Sie noch etwas zu dem CO₂-Düngeeffekt ausführen. Dann wollte ich Sie noch einmal grundsätzlich fragen: Ist es wissenschaftlich abschließend bewiesen, dass der Mensch Einfluss auf das Klima, insbesondere die CO₂-Emission, hat? Wir sehen, dass gerade im Globalen Süden die industrielle Verbrennung zunimmt, bei uns aber nicht. Wie können Sie sicher sein, dass diese industrielle Verbrennung keinen Einfluss auf das Klima hat?

Abg. Cornelia Möhring (DIE LINKE.): Vielen Dank auch von mir an all die Sachverständigen. Ich habe zwei Fragen, die sich an Frau Sabine Minninger richten. Wer sind aus Ihrer Sicht die Hauptblockierer einer Loss and Damage Finance Facility, und wie verhält sich Deutschland in diesem Gefüge? Sie schreiben in Ihrem Papier und haben auch Ihre Stellungnahme mit dem Satz beendet, dass Klimarisikoversicherungen keine Antwort auf Klimagerechtigkeit sind. Ich teile das ausdrücklich, und deshalb möchte ich Ihnen die Gelegenheit geben, das noch einmal ausführlicher zu begründen. In dem Zusammenhang habe ich die Frage, ob sich aus Ihrer Sicht Versicherungsunternehmen da bereichern und es letztlich die Gefahr birgt, dass das Verursacherprinzip mit diesem Instrument langfristig nicht eingehalten werden kann? Vielen Dank.



Der Vorsitzende: Dankeschön liebe Kolleginnen und Kollegen für die Fragen. Ich schlage vor, dass wir mit Frau Dr. Zwick beginnen. Ich hoffe, Sie haben alles notiert.

Dr. Astrid Zwick (Leiterin des Sekretariates InsuResilience, GIZ): Vielen Dank für die sehr guten und interessanten Fragen. Zuerst einmal, Klimarisikoversicherung ist ein Teil eines ganzheitlichen Risikomanagements, und man fängt natürlich damit an, wo man Risiken vermeiden kann. Es gibt Risiken, die man nicht abmildern kann. Das sind die intensivsten und schlimmsten Risiken, die auch nicht durch Klimarisikoversicherungen abgemildert werden können. Wir wissen mittlerweile, dass z. B. Länder, die eine besonders hohe Versicherungsdurchdringung haben, sei es auf der Individualebene oder auch auf Regierungsseite abgesichert sind, sehr viel schneller zum Normalzustand zurückkommen, teilweise sogar durch Auszahlungen eine Ankurbelung der Wirtschaft erleben. Bei Ländern, die sehr einkommensschwach sind und sehr stark mit dem Budget zu kämpfen haben, wird nach einer Katastrophe das ganze Geld, das für die wirtschaftliche Weiterentwicklung gebraucht würde, für die Katastrophenbearbeitung ausgegeben. Die Klimarisikoversicherungen zahlen aus und können innerhalb von wenigen Tagen das Geld im zweistelligen Millionenbereich zur Verfügung stellen, wie ich es im Fall von Senegal bereits erwähnt hatte. Damit ist gewährleistet, dass das Geld entsprechend genutzt werden kann. Eine Sicherstellung wird beispielsweise durch Notfallpläne sichergestellt. Beim afrikanischen Risikopool, dem African Risk Capacity, ist eine Bedingung für die Versicherung, dass die afrikanischen Staaten, die diese Versicherung kaufen, vor-

her Notfallpläne vorlegen müssen, die Prozesse und Verantwortlichkeiten genau definieren und auch, wo das Geld dann letztendlich hinfließen soll. Es gibt auch Lösungsansätze, die sind gekoppelt mit sozialen Sicherungssystemen, so dass dann besonders die arme und vulnerable Bevölkerungsgruppe davon profitieren. Wichtig ist es, noch einmal zu betonen, den Blick auf die Risiken und das Verstehen der Risiken, zu richten. Man wird nämlich von einem reaktiven Katastrophen- oder Krisenmanager zu einem aktiven Risikomanager und kann dann mit den Risiken viel besser umgehen. Zur Frage nach den regulatorischen Bedingungen: Ja, es gibt hier Einschränkungen. Wir haben ein Beispiel in einem Programm auf Madagaskar, da konnte man anfangs indexbasierte Mikroversicherungen nicht anbieten, aber das Programm hat dies mit allen lokalen Akteuren verändern können, und dann wurde ein neues Gesetz erlassen, so dass man nun Klimarisiko- und Mikroversicherung für Landwirte und Kleinbauern anbieten kann. Zur Frage, wie das mit dem weiteren Anstieg aussieht: Frau Minninger hat das auch schon erwähnt, die Schäden seit den 1990er Jahren haben sich vervierfacht. Wir sehen, dass sich durch den Anstieg der Temperaturen die Schäden weiterentwickeln und höher werden als erwartet. Selbst bei 1,5 Grad Reduktion müssen wir mit weiteren Schäden, verursacht durch den Klimawandel, rechnen und hier besondere Vorbereitungen treffen. Es gibt NAP, es gibt die National Determined Contribution, die auch Anpassung umfasst, und bei allem ist beim Thema Klimarisikomanagement ganz entscheidend, die Instrumente Finanzierung und Versicherung einzubauen. Die Schutzlücke ist hier noch groß. Zur weiteren Frage:



Was ist abgedeckt und was nicht. In vielen Staaten haben wir eine Versicherungsdurchdringung von nur 1 Prozent oder sogar weniger. Insgesamt global gesehen sind viele vulnerable Staaten kaum vorbereitet und geschützt. Für Schäden durch einen langsamen Anstieg des Meeresspiegels, ein sogenanntes Slow Onset Event, muss man weitere innovative Instrumente entwickeln und hervorholen. Risikopools, also die Verteilung nach einem Solidaritätsprinzip, würden hier sinnvoll sein und sollten zum Einsatz kommen. Die Klimarisikoversicherung ist ein Teil des gesamten Risikomanagements, das man in den Ländern ausbauen sollte. Ein globaler Schutzschirm, der durch die Bundesregierung, zusammen mit den G7, vorgeschlagen wurde, zielt genau darauf ab, dass in den Ländern zusammen mit den lokalen verantwortlichen Akteuren eine ganzheitliche Strategie entwickelt wird. Man muss hier sehr bedarfsgerecht und zielorientiert entsprechende Lösungen priorisieren, die am effizientesten und effektivsten wirken können. Wir haben bei den Instrumenten der InsuResilience Global Partnership selbstverständlich sichergestellt, dass die Zielgruppen, wie arme und verletzte Menschen, erreicht werden. Dazu gibt es Prinzipien, die wir entwickelt haben, die durch „die Umsetzenden“ beachtet und aufgegriffen werden müssen. Es gibt auch die Möglichkeit, sich mit den Systemen im Land vor Ort zu verknüpfen, wie mit den sozialen Sicherungssystemen, die die einkommensschwachen Menschen registriert haben und über die man die Auszahlungen fließen lassen kann. Im Falle des afrikanischen Risikopools werden Notfallpläne vor Abschluss einer Versicherung gefordert, und darin ist genau definiert, wie Prozesse ablaufen und

welche Zielgruppe erfasst wird. Damit gebe ich wieder zurück an Sie, Herr Vorsitzender.

Der Vorsitzende: Herzlichen Dank für die ausführliche Beantwortung dieser Fragen. Frau Minninger, Sie haben von vielen Kollegen mehrere Fragen bekommen. Ich bitte Sie nun um die Beantwortung.

Sabine Minninger (Referentin für Klimapolitik, BfD): Ganz herzlichen Dank. Das sind sehr spannende und wichtige Fragen, auf die es viele, auch traurige, Antworten gibt. Abg. Dr. Diaby, Sie haben nach dem Bedarf gefragt und ob auch Frauen und Kinder im Fall von klimabedingten Schäden und Verlusten im Globalen Süden abgesichert sind. Der Bedarf ist gigantisch. Wir reden hier über dreistellige Milliarden-Beträge. Die WB hat Erhebungen gemacht, die UNEP hat Erhebungen gemacht, Versicherungsunternehmen machen ebenfalls Erhebungen, und das schwankt irgendwo zwischen 280 Mrd. USD bis zu 500 Mrd. USD Schäden, abhängig von der Höhe der ansteigenden Temperatur. Damit ist auch eine Frage von Abg. Henneberger beantwortet. Auf dem Tisch haben wir folgendes: Im Paris-Abkommen haben sich die Industriestaaten dazu verpflichtet, 100 Mrd. USD jährlich ab dem Jahr 2020 nur für Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen fließen zu lassen. Von den jährlichen Mrd. ist nichts zu sehen, es wurden insgesamt bisher nur 83 Mrd. USD eingezahlt, und das bedeutet eine erhebliche Finanzierungslücke. Die bestand bereits zum Zeitpunkt der Versprechen beim Pariser Klimaabkommen. Hinzu kommt, dass damals für Loss and Damage nichts vorgesehen war, kein einziges Cent. Ich möchte hier die Frage der Fraktion der AfD hineinnehmen, denn stattdessen



wurde im Pariser Klimaabkommen auf Wunsch der USA noch ein Paragraph 51 ins bürgerrechtlich bindende Abkommen eingefügt, dass niemals Regressansprüche gestellt werden dürfen, egal in welchen Temperaturszenarien wir uns bewegen. Die Empörung des Marshall-Islands hat dazu geführt, dass dieser Paragraph herausverhandelt wurde, aber er befindet sich immer noch im Anhang, im Zwischenpapier des Pariser Klimaabkommens. Die Frage konnte juristisch nie eindeutig geklärt werden. Im Globalen Süden besteht das Verursacherprinzip, das auch den Klimaverhandlungen zugrunde liegt, und das bezieht sich auf die Verursacher der Klimakrise der Staaten aus dem Globalen Norden. Kinder und Frauen sind nicht genügend abgedeckt, und dazu macht BfdW täglich entsprechende Erfahrungen. Bei der EZ und der HH besteht ein hohes Bewusstsein und Sensibilität, aber de facto erleben wir anderes. So hat unser Partner in Bangladesch eine Studie nach den letzten Superstürmen gemacht, und da hat man festgestellt, dass eine hohe Anzahl von Frauen und jungen Mädchen auf der Flucht aufgrund eines Sturmes sexuell belästigt und vergewaltigt wurden. Es gibt Zyklonensichere Unterkünfte, sogenannte Save Shelters, die in Bangladesch, auch von BfdW, gebaut und von der deutschen EZ unterstützt werden. Aber wir sind ebenso wie diese Staaten maßlos überfordert von dem Ausmaß dieser Katastrophen. Es kommt zu sexuellen Überfällen, wobei Frauen und Kinder besonders vulnerabel in der Vertreibungsphase nach einer solchen Katastrophe sind. Da muss man aktiv werden, und Loss and Damage muss gendersensitiv aufgestellt und an den marginalisierten Bevölkerungsgruppen und den besonders schutzbedürftigen

Bevölkerungsgruppen ausgerichtet sein. Abg. Zippelius, und deshalb ist bei der Ausgestaltung einer Klimarisikoversicherung besonders wichtig, dass in den Empfängerländern bei der Erstellung der Regularien die Zivilgesellschaft vor Ort beteiligt ist. Die sind in der Initiative, die Frau Dr. Zwick begleitet hat, tatsächlich dabei. So funktioniert dann eine Auszahlung bedarfsgerecht, und marginalisierte Bevölkerungsgruppen, also arme und schutzbedürftige Frauen, rutschen nicht durch das soziale Raster. Es ist also besonders wichtig, dass vor Ort die Zivilgesellschaft mit an Bord ist. Abg. Henneberger, wir sehen auch, dass bei der Anpassungsfinanzierung viel zu wenig Geld auf den Tisch gelegt wird. Eine effektive Anpassungsfinanzierung würde nämlich bedeuten, dass 80 Prozent der Klimaschäden erst gar nicht auftreten. Wir sehen in der jetzigen Klimafinanzierung, dass 2/3 davon Kredite sind, die wieder zurückgezahlt werden müssen. Das klappt bei Klimaschutzmaßnahmen, wie EE, die eingesetzt werden; das ist durchaus ein lukratives Business. Loss and Damage und Klimaanpassung sind hingegen in der Frontlinie des Klimawandels, und da ist überhaupt nichts lukrativ; das sind Minusgeschäfte, die durch die öffentliche Hand finanziert werden müssen. Nun komme ich zu der Frage von Abg. Möhring. Die Loss and Damage Finanz-Fazilität liegt nicht auf dem Tisch. Es gibt keine also Verpflichtung, aber „die Schlinge zieht sich zu“. Es ist klar, dass Loss and Damage nicht verschwindet, und das wird einer der Hauptknackpunkte bei der kommenden COP in Ägypten sein. Hauptblockierer sind in der gesamten Masse die Industriestaaten, weil sie natürlich Regressansprüche fürchten, die sie nicht zahlen möchten. Hier kann man aber nicht alle



„über einen Kamm scheren“. Man sieht schon, dass Deutschland das Thema sehr hoch auf die Agenda gesetzt hat und das wurde auch honoriert. Die ägyptische Präsidentschaft hat deshalb Jennifer Morgan aus dem AA mit der Umweltministerin aus Peru „in den Fahrersitz gesetzt“, um eine Einigung zu erzielen und auf die Forderungen der ärmsten Staaten nach einer Lösung im Bereich Loss and Damage einzugehen. Wir wünschen uns natürlich eine Finanz-Fazilität, und einen Geldtopf, aus dem Geld bereitgestellt wird. Die EU und die USA blockieren das. Innerhalb der EU sieht man aber auch, dass beispielsweise Dänemark jetzt Ankündigungen in die richtige Richtung gemacht hat. Noch einmal ein Wort zur Klimarisikoversicherung. Das ist keine Antwort auf Klimagerechtigkeit, denn hier werden immer noch Staaten, die den Klimawandel nicht verursacht haben, zur Kasse gebeten, und sie müssen die Prämien selbst bezahlen. Deutschland zahlt einen Teil der Prämie, aber nicht alles. Fair wäre es, wenn alle Verursacher der Klimakrise finanziell für die Schäden aufkommen würden, die sie verursacht haben. Das ist im Moment nicht der Fall. Es war gefragt worden, ob sich diese Versicherungsunternehmen bereichern. Nein, das tun sie nicht. Sie sind im Grunde genommen nicht blöd genug, in ein Risikogeschäft reinzugehen, weil sie Klimawissenschaft verstehen. Sie würden ihr Geld nicht in irgendetwas hineinstecken, das ein Minusgeschäft ist. Versicherungsunternehmen bereichern sich nicht, weil sie keine Bereicherungsmöglichkeiten sehen, sie verkaufen bestimmte lukrative Produkte. Hier geht es aber um regionale Risikopools. Danke.

Der Vorsitzende: Danke für diese Beantwortung. Herr Vögele, an Sie waren 2 Fragen gerichtet worden.

Dr. Peter Vögele (Physiker): Ich gehe auf die Frage mit der CO₂-Düngung und der Vergrünung der Erde, im spezifischen der Sahelzone, ein. Ich will Ihnen antworten mit einem Spezialbericht der IPCC von 2018. Damit Sie selbst nachgucken können: Dort steht unter A.2.3 geschrieben, dass Satellitennobservationen festgestellt haben, dass es eine Vegetations-Vergrünung in verschiedenen Teilen in Asien, Europa, Südamerika gibt; das läuft hier unter high confidence. Dann kommt der nächste Satz, dass „vegetative browning“, also das Gegenteil, nur in einer begrenzten Anzahl von Ländern vorkommt; das läuft unter medium confidence. Jetzt lese ich Ihnen noch den letzten Satz vor: „Globally, vegetation greening has occurred over a larger area than vegetation browning (high confidence).“ Mehr brauche ich Ihnen nicht zu sagen. Das ist die offizielle Stellungnahme des IPCC. Damit bin ich mit der ersten Frage am Ende. Die zweite Frage war, warum, trotz der ständig steigenden CO₂-Emission durch industrielle Verbrennung, das CO₂ keine Rolle für das Klima spielt. Ich habe in meinem schriftlichen Statement schon ausgeführt, dass das CO₂ nur ein Spurengas ist, was mit 0,4 Prozent in der Atmosphäre ist, und 99 Prozent sind Stickstoff- und Sauerstoffmoleküle, die eben nicht auf Infrarotstrahlung reagieren. Sollte jetzt tatsächlich in dem Bereich von 500 oder 1.000 Meter Höhe ein CO₂-Molekül tatsächlich durch Infrarotstrahlung der Erde oder des Meeresspiegels angeregt werden, dann ist die Wahrscheinlichkeit, dass dieses CO₂-Molekül wieder emittiert, also auf den



Erdboden zurückstrahlt, 100mal kleiner als die Wahrscheinlichkeit, mit diesem Stickstoff- oder Sauerstoffmolekülen zu stoßen. Ich rede jetzt immer von der Troposphäre, das ist etwa bis 10.000 Meter Höhe. Wenn es stimmt, dass die Stöße das Bezeichnende sind, dann gibt es weder eine Rückstrahlung, weil das Molekül, was angeregt worden ist, verliert seine überschüssige Energie durch Stöße und eben nicht durch Emission. Und zweitens kann dieses CO₂-Molekül keine Wärme oder Energie speichern, d.h. das Ganze ist unabhängig. Der große Fehler, der hier bei der Klimatheorie gemacht wird, ist, dass man alles auf Strahlungsvorgänge abstellt, und die spielen in der sogenannten Troposphäre bis 10.000 Meter, wo das Wetter und das Klima stattfinden, keine Rolle. Strahlungsvorgänge spielen erst eine Rolle in der Stratosphäre, also oberhalb von 10.000 Meter. Da ist es sehr wichtig, das CO₂ speziell, weil von da in das Weltall abgestrahlt wird, weil die Stöße da nicht mehr stattfinden, weil die Weglängen viel zu groß sind. Es ist also absolut unmöglich, dass das CO₂ überhaupt eine Rolle spielen kann. Jetzt mache ich noch einen Satz: Die Hauptemission, die in der Atmosphäre stattfindet, kommt nicht durch menschliche Verbrennung, das sind etwa 10 Gigatonnen pro Jahr, sondern sie kommt durch biologische Zersetzung, das sind 200 Gigatonnen pro Jahr, also 20mal mehr. Die sind kompensiert durch den gegenteiligen Effekt, nämlich den CO₂-verbrauchenden Effekt, allgemein Photosynthese genannt, der ein bisschen größer ist. Was der Mensch an Anteil durch industrielle Verbrennung bringt, das sind knapp 5 Prozent. Diese 5 Prozent entsprechen 10 Gigatonnen pro Jahr und werden überkompensiert durch einen Vorgang, den werden Sie

nicht kennen, der nennt sich „biologische Pumpe“. Ich erkläre Ihnen das. Die Hälfte der globalen Photosynthese findet an der Meeresoberfläche statt, und von der Biomasse, die dort gebildet worden ist, verschwinden innerhalb von ein bis zwei Tagen etwa 20 Prozent; in Zahlen 11 oder auch 15 Gigatonnen, und die landen an dem Meeresboden. Diese Aussagen habe ich von Prof. Riebesell von GEOMAR persönlich erhalten. Wenn wir jetzt also die Bilanz machen, und da kommt noch der Oberflächenaustausch dazu, was die Luft und das Meer an der Oberfläche austauschen, und das ist eigentlich so, dass das in den Tropen ausgast und in den arktischen Meeren aufgenommen wird. Total global gesehen, verschwindet mehr CO₂ im Meer als ausgast. Wenn wir jetzt also die Bilanz machen, dann müsste eigentlich in der Atmosphäre das CO₂ abnehmen, das tut es aber nicht. Wir messen am Mauna Loa, dass es ständig zunimmt. Man muss natürlich erklären, wo das herkommt.

Der Vorsitzende: Herr Vögele, kommen Sie bitte langsam zum Ende:

Dr. Peter Vögele (Physiker): Ja. Es gibt dort den Prozess, der nennt sich Abwelling, speziell da, wo der sogenannte El Nino-Effekt in Peru ist. Dort kommt das Tiefsee-CO₂, was auch C-14 arm ist, an die Oberfläche, und man kann in der Luft über 1.000 ppm messen. Dankeschön.

Der Vorsitzende: Meine Damen und Herren, liebe Expertinnen und Experten, danke schön für die Beantwortung der Fragen und die ausführliche Darstellung. Wir haben noch ein wenig Zeit, und ich schlage vor, jeder Fraktion die Möglichkeit zu geben,



Nachfragen zu stellen; für die Beantwortung gibt es dann zwei Minuten pro Experten. Dazu sehe ich Einvernehmen. Gibt es Fragen von den Kolleginnen und Kollegen?

Abg. Susanne Menge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn Menschen jetzt zuhören und wir das für die auswärtigen Sachverständigen übersetzen, sollte keinesfalls der Eindruck entstehen, dass in Deutschland physikalische Grundgesetze nicht mehr gelten und ausgehebelt sind. Ich möchte kurz erklären, dass wir weiterhin der Wissenschaft und den entsprechenden wissenschaftlichen Analysen anhängen.

Abg. Markus Frohnmaier: Das ist sehr schön, aber wir kommentieren Ihre Experten auch nicht.

Der Vorsitzende: Lassen Sie bitte die Kollegin zu Ende reden, sie hat eine Minute Zeit. Ich sehe, sie ist fertig. Abg. Henneberger, ich habe gesehen, dass Sie eine Nachfrage stellen möchte, bitteschön.

Abg. Katrin Henneberger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hier geht es um Verschuldung von Staaten, die sich durch die Klimakrise nochmals erhöhen. Dadurch wird es für diese Staaten schwieriger, ihrer Schulden Herr zu werden. Meine Frage an Frau Dr. Zwick und Frau Meininger ist, ob eine Entschuldung ein weiterer Puzzlestein sein kann, um diese Staaten zu entlasten.

Der Vorsitzende: Danke schön, Frau Henneberger. Weitere Fragen sehe ich momentan nicht, weder im Saal noch online. Dann bitte, ich sehe, dass Frau Minninger diese Frage beantworten möchte.

Sabine Minninger (Referentin für Klimapolitik, BfdW): Ganz herzlichen Dank. Tatsächlich ist es so, dass wir nicht davon ausgehen können, dass die Industriestaaten jemals so viel Loss and Damage-Finanzierung auf den Tisch legen werden, dass der Bedarf gedeckt werden wird. Von daher braucht man viele umfassende Maßnahmen, die ergriffen werden müssen, und dazu gehört natürlich die Entschuldung der ärmsten Staaten. Es gibt eine Form von Entschuldung, womit die Gelder, die den Schuldnern zurückgezahlt werden, z. B. für Anpassungsmaßnahmen, auch eingesetzt werden; das nennt sich „Debt-Swap for Adaptation“. Diese Maßnahmen werden tatsächlich schon ergriffen, aber sie müssen massiv ausgebaut werden. Hinzu kommt, dass wir feststellen, dass die öffentlichen Haushaltsmittel nicht eingesetzt werden, die dringend notwendig wären, für beispielsweise das Gesundheits- und Bildungswesen oder die ländliche Entwicklung. Sie werden dann stattdessen eingesetzt, um Klimamaßnahmen zu ergreifen, wie Anpassungsmaßnahmen, oder um Klimaschäden zu bewältigen. Das darf nicht sein, dass der Klimawandel alle Töpfe im Globalen Süden kannibalisiert. Daher ist eine Entschuldungsmaßnahme dringend notwendig, und die sollte groß und umfassend angelegt sein.

Der Vorsitzende: Herzlichen Dank Frau Minninger. Ich sehe keine weiteren Fragen von den Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete. Deshalb schließe ich diesen Block ab und bedanke mich bei den Expertinnen und dem Experten für die ausführliche Beantwortung.



Themenblock 2: Ausgestaltung künftiger neuer Instrumente für den Umgang mit Schäden und Verlusten

Der Vorsitzende: Wir kommen jetzt zum Themenblock 2 unserer Anhörung. Der zweite Themenblock zielt auf Fragen der Ausgestaltung künftiger neuer Instrumente für den Umgang mit Schäden und Verlusten. Wir begrüßen dazu herzlich die drei Sachverständigen, die allesamt online mit uns verbunden sind. Sie werden in Englisch vortragen, und es gibt die Möglichkeit der Übersetzung. Sie können dafür die Kopfhörer direkt links an dem Gerät anschließen. Wir bedanken uns schon jetzt bei den Dolmetschern für diese Aktion. Wir kommen dann zu der Anhörung. Wir haben wieder nach alphabetischer Reihenfolge die drei Sachverständigen gebeten vorzutragen. Das Wort hat zunächst Frau Tasneem Essop. Ich hoffe, Sie hören uns?

Tasneem Essop (Geschäftsführende Direktorin, Climate Action Network): Ich danke Ihnen. Vielen Dank auch für die Gelegenheit, einige Überlegungen zu diesem sehr dringenden Thema anzustellen. Ich möchte zunächst einige übergreifende Bemerkungen dazu machen, was notwendig ist, um sicherzustellen, dass Verluste und Schäden, die wir derzeit weltweit erleben und beobachten, sowie Verluste und Schäden, die wir bereits vorhersagen und für die wir planen müssen, berücksichtigt werden. Um dieses Problem zu lösen, wurde im vorangegangenen Block die Frage der Einrichtung einer Fazilität zur Finanzierung von Verlusten und Schäden behandelt. Das Netzwerk, das ich leite, hat diesen Vorschlag sehr nachdrücklich unterbreitet, und wir sind der

Meinung, dass dies unbedingt notwendig ist. Die Fazilität muss die folgenden Kriterien gewährleisten: 1.) Sie muss der Dringlichkeit Rechnung tragen, mit der wir die Finanzmittel zur Bewältigung von Verlusten und Schäden benötigen. 2.) Sie muss der Größenordnung entsprechen, in der die Finanzierung erforderlich ist, und die vorhergehenden Redner hatten bereits angedeutet, wie groß dieser Bedarf bereits ist. Wir brauchen die Vorhersehbarkeit dieser Finanzierung. Und es geht um die Zusätzlichkeit der Finanzierung. Was ich in diesem Zusammenhang ausdrücklich ansprechen möchte, sind Kriterien, die sicherstellen, dass es gerecht zugeht. Ich gehe davon aus, dass jeder hier die Tatsache anerkennt, dass diejenigen, die jetzt am meisten von Verlusten und Schäden durch den Klimawandel betroffen sind, am wenigsten für die Krise verantwortlich sind. Der Aspekt der Klimagerechtigkeit muss daher bei der Einrichtung einer Fazilität für Verluste und Schäden unbedingt berücksichtigt werden. Lassen Sie mich noch das wichtige Kriterium der Menschenrechte hinzufügen, und auch wenn meine Zeit abgelaufen ist, möchte ich diesen letzten Punkt noch ansprechen. Es gibt viele Initiativen, aber wenn die Initiative nicht in einem multilateralen Rahmen mit der nötigen Dringlichkeit ergriffen wird, dann werden die Menschenrechte nicht geachtet werden. Wir werden dann keine Transparenz und keine Gerechtigkeit haben. Danke.

Der Vorsitzende: Herzlichen Dank, Frau Essop, für diese Einführung. Jetzt kommen wir zum zweiten Experten, Herrn Maxime Souvignet, und wir bitten Sie um Ihren Input.



Maxime Souvignet (Leiter des Analyseteams, VN Universität „Institute for Environment and Human Security“): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Mitglieder des Bundestages, ich arbeite als Leiter des Analyseteams bei der MCII. Es handelt sich hier um eine gemeinnützige Organisation, die 2005 von Vertretern des privaten Sektors, von NGOs und der Wissenschaft gegründet wurde. Sie hat ihren Sitz an der VN Universität in Bonn. Als führender Think Tank für Klimawandel und Versicherungen konzentriert sich die MCII auf die Entwicklung von Lösungen für die Risiken, die der Klimawandel für die ärmsten und am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen in den Entwicklungsländern mit sich bringt. Ich möchte in dieser Erklärung 5 Punkte ansprechen: 1.) Die vom Klima gefährdeten Länder benötigen sehr bald Finanzmittel für ihre Verluste und Schäden. 2.) Der Globale Schutzschirm bietet praktikable Lösungen für Verluste und Schäden. Er baut auf bestehenden Strukturen auf und ist sehr gut darin, Initiative und Finanzierung zu koordinieren. 3.) Die CDRFI ist nicht das Allheilmittel für alles, wie bei einem slow-onset oder nichtwirtschaftlichen Verlusten und Schäden. Sie muss in Strategien für das Klimarisikomanagement integriert werden. 4.) Mehr Investitionen sind für die Analyse von Klimarisiken, Open-Source, Daten und Fachwissen erforderlich. 5.) Deutschland, das in diesem Bereich seit langem nachhaltig tätig ist, sollte die WB auffordern, den notwendigen Änderungen für neue Strukturen zuzustimmen und diese umzusetzen, um dem Globalen Schutzschirm besser zu dienen. Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Herzlichen Dank, dass

auch Sie die Zeit eingehalten haben. Wir kommen jetzt zur dritten Expertin in der Runde, das ist Gina Cortés Valderrama. Wir bitten Sie ebenfalls um Ihre Ausführungen.

Gina Cortés Valderrama (Gender and Climate Policy Manager, WECF International): Vielen Dank für die Einladung, meine Ansichten heute mit Ihnen zu teilen. Der 12. Oktober war früher als Kolumbus-Tag bekannt, der eine Entschuldigung für Unterdrückung und Plünderung darstellte. Aber heute gibt es nichts zu feiern. Heute ist ein weiterer Tag des Widerstands. Die Klimakrise ist eine globale Menschenrechtsbedrohung, die wir nicht erleben, weil sie ein unausweichliches Naturereignis war, sondern weil die Machthaber nicht bereit waren, auf die richtige Seite der Geschichte zu wechseln. Es ist pervers, dass die kolonisierten Länder, die am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben, weiterhin Ausbeutungssystemen unterworfen werden, um den Status quo der Regionen mit hohem Energieverbrauch wie in der EU aufrechtzuerhalten. Es ist pervers, dass diese kolonisierten Gebiete die Länder sind, die zwischen den Auswirkungen des Klimawandels und dem nicht endenden tödlichen Kampf ums Überleben gefangen sind. Wir rufen die Länder, insbesondere Deutschland mit seiner momentanen G7-Präsidentschaft auf, das Verursacherprinzip aufrechtzuerhalten, indem die historische Verantwortung der entwickelten Länder durch eine geschlechtsspezifische, lokal ausgerichtete, öffentliche und auf Zuschüssen basierende Finanzierung wahrgenommen wird. Im Hinblick auf die COP27 müssen die Industrienationen die Frage der ökologischen Belastungen anerkennen und darauf reagieren, indem sie



neue, zusätzliche und angemessene Finanzmittel über eine im Rahmen des UNFCCC eingerichtete Fazilität zur Finanzierung von Verlusten und Schäden koordinieren, mobilisieren und kanalisieren. Das heißt nicht einen neuen Mechanismus zu kreieren, der unter einem innovativen Deckmantel versteckt wird, nicht als Darlehen, nicht als humanitäre oder Entwicklungshilfe, auch nicht als Versicherungen, sondern als Wiedergutmachung, als angemessene Entschädigung. Innovation bezieht sich nicht auf die Kreativität, neue Mechanismen zu entwickeln, die auf Modellen basieren, die die derzeitigen Strukturen des Nichtstuns verstärken. Es bedeutet nicht, dass neue Mechanismen geschaffen werden, die die vom Klimawandel betroffenen Gemeinschaften als potenzielle Kunden für gestärkte, gewinnorientierte Organisationen betrachten, die seit dem Pariser Abkommen beispielsweise Projekte für fossile Brennstoffe finanzieren. Aus feministischer Sicht bedeutet echte Innovation die Umverteilung von Macht, Kontrolle und Ressourcennutzung, z. B. durch den Beginn der Streichung von Schuldenstrukturen, die den haushaltspolitischen Spielraum der Länder einschränken, die bereit sind, Fortschritte zu machen. Für die COP27 möchte ich Sie daher auffordern, gemeinsam auf die richtige Seite der Geschichte hinzuarbeiten, indem Sie die Fazilität für Verluste und Schäden einrichten und einsetzen. Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Auch an Sie herzlichen Dank für diesen inhaltlich interessanten Beitrag. Jetzt kommen wir zu den Fragen der Kolleginnen und Kollegen des AwZ. Wir machen das in der gleichen Reihenfolge wie anfangs, und dementsprechend fängt die

Fraktion der SPD an; damit bin ich als Berichterstatter an der Reihe.

Abg. Dr. Karamba Diaby (SPD): Herzlichen Dank noch einmal für die Inhalte, die Sie gerade vorgestellt haben. Wenn wir heute über künftige wirksame Instrumente zur Absicherung von klimabedingten Verlusten und Schäden diskutieren, dann müssen wir zunächst die am stärksten betroffene Gruppe in den Blick nehmen. Es ist wichtig, dass wir den Menschen im Globalen Süden auf Augenhöhe begegnen und ihnen bei ihren Betrachtungen zuhören. Sie wissen selbst am besten, welche Absicherung und Vorsorgepläne sie benötigen, um mit den künftigen Klimaschäden umzugehen. Diese Perspektive betone ich als Berichterstatter meiner Fraktion für West- und Zentralafrika und freue mich, dass wir besonders die Sachverständigen aus dem Globalen Süden in diesem Zusammenhang hier anhören. Meine Fragen gehen an Frau Essop. Wie müssen politische Instrumente in Bezug auf Klimaschäden zukünftig gestaltet werden, damit diese verbindlich sind und besonders vulnerable Bevölkerungsgruppen unterstützen? Wie lässt sich sicherstellen, dass die verursachenden Staaten von klimabedingten Schäden und Verlusten dann auch die Kosten übernehmen? Der vorgestellte Klimaschutzschirm der Bundesregierung beinhaltet u.a. Vorsorgepläne für die betroffenen Länder und Hilfen im Ernstfall schnell zugänglich zu machen. Wie bewerten Sie den von der Bundesregierung vorgestellten Klimaschutzschirm, wo sehen Sie Stärken und wo sollte dieser nachgebessert werden? Wie kann sichergestellt werden, dass bei der Bearbeitung der Vorsorgepläne die Prioritäten und Wünsche der betroffenen Länder selbst



und insbesondere der vulnerablen Gruppen beachtet werden? Danke.

Abg. Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender. Ich möchte mich ebenfalls bei den Sachverständigen herzlich für ihre Einführungen bedanken. Ich habe drei Fragen, die an alle Sachverständigen gehen können. Ich möchte das genauer ausführen. Ein globaler Schutzschirm gegen Klimarisiken, der von den G7 in Zusammenarbeit mit den betroffenen Staaten, dem Privatsektor und multilateralen Institutionen angestrebt wird, - das ist schon ein großes Wort. Entscheiden wir dann dabei über den Zugang der einzelnen betroffenen Menschen, und wer zu den vulnerablen Gruppen in den Städten und ländlichen Regionen gehört. Da interessiert mich die Einschätzung der Sachverständigen. Macht vielleicht eine angepasste länderbezogene oder zielgruppenbezogene Schirmstruktur, zu der der Zugang leicht geregelt werden kann, mehr Sinn? Oder sehen Sie doch größere Vorteile in einem weltumspannenden sehr großen Schirm? Wo sehen die Sachverständigen beim globalen Schutzschirm die größten Engpässe, liegen sie eher bei den Staaten, dem Privatsektor oder den multilateralen Institutionen? Wo soll die langfristig verlässliche Finanzierung genau herkommen? Sieht man da eine organisatorisch führende Institution? Letzte Frage. Die Vorbeugung durch Anpassungsmaßnahmen, z. B. in der Landwirtschaft, ist meistens besser als einen Schadenseintritt abzuwarten. Das ist selbstverständlich. Gibt es integrierte oder gekoppelte Instrumente, die einerseits der Finanzierung von geeigneten Anpassungsmaßnahmen dienen und andererseits eine Versicherungslösung für nicht absehbare Schäden

umfassen? Ich bedanke mich.

Abg. Kathrin Henneberger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Meine erste Frage betrifft, mit Blick auf die COP27, die Möglichkeit einer Verwirklichung der klimagerechten Climate Finance Facility. Wir stehen aktuell vor dem Problem, dass die zivilgesellschaftlichen Akteure weniger Budget und weniger Möglichkeiten haben, sich einzubringen und zu beteiligen. Das ist natürlich problematisch, wenn es darum geht, dass alle am Tisch sitzen müssen, um gute Entscheidungen treffen zu können, die die Perspektiven aller Menschen berücksichtigen. An die anwesenden unterschiedlichen Vertreter und Vertreterinnen der zivilgesellschaftlichen Akteure: Welche Voraussetzungen wünschen Sie sich, damit eine inklusive COP mit Teilhabe und Perspektive wirklich aller Menschen möglich wird? Die zweite Frage geht um die Ausgestaltung einer Finanz Fazilität. Wie können wir es gewährleisten, dass die Strukturen transparent und inklusive sind? Wäre die Bildung von Arbeitsgruppen sinnvoll, in denen zivilgesellschaftliche Akteure und explizit auch Vertreterinnen indigener Bevölkerungsgruppen, die sich und ihre Interessen repräsentieren, mitwirken? Ein sehr gutes Beispiel hierfür ist die Bildung der „Indigenous Peoples‘ Platform“ auf den VN-Klimakonferenzen. Wie können wir es gemeinsam schaffen, dass es eine klimagerechte Finance Facility geben wird? Meine nächste Frage zielt noch einmal auf den Klimarisikoschirm. Wie können wir es schaffen, dass alle teilhaben an diesem Puzzlestein? Aktuell ist es so, dass Länder wie Antigua oder Barbuda nicht teilhaben können, und deshalb stellt sich hier auch die Frage der Teil-



habe und der Klimagerechtigkeit. Welche Zugangsvoraussetzungen müssen erfüllt werden, dass ein Schutzschirm für alle erreichbar ist? Die Fragen gehen an alle drei Sachverständige. Vielen Dank.

Abg. Till Mansmann (FDP): Vielen Dank Herr Vorsitzender. Meine Fragen richten sich spezifisch an Herrn Souvignet. Sie haben kurz über die WB gesprochen, und wir haben die Kritik durchaus vernommen. Ich hätte dazu gerne weitere Ausführungen. Inwieweit hat die WB Ihrer Meinung nach eine bremsende Wirkung, denn so habe ich das vorhin verstanden? Wie sollte sie agieren, um die Situation zu verbessern? Hier ist bereits mehrfach die Verbindung von Loss and Damage mit der Verschuldung von Staaten, also auch mit Entschuldungsmaßnahmen, angesprochen worden. Wie kann man die Frage von Loss and Damage mit der Frage der Entschuldung von Staaten verknüpfen, und was sollte man da beachten? Welche Abgrenzungen sind da wichtig? Wie sollte man Loss and Damage von der Anpassungspolitik sozusagen abgrenzen, oder muss man hier sogar abgrenzen? Worauf müssen wir da achten? Vielen Dank.

Abg. Dietmar Friedhoff (AfD): Vielen lieben Dank für die Ausführungen. Meine Fragen gehen auch an alle drei teilnehmenden Referenten. Ich will meinen Fokus ein wenig auf den Eigenanteil der Länder richten und dahin, dass der Klimaschutz, wie er hier dargestellt wird, das One-Billion-Dollar-Baby ist, das mit sehr viel Sorgfalt zu betrachten ist. Wo viel Geld im Spiel ist, da haben wir auch eine hohe Verantwortung zielgerichtet einzusetzen. Wir leben in einer verrückten Welt, sie explodiert quasi vor unseren Au-

gen: Bevölkerungszuwachs, Ressourcenverschwendung und Kriege. Wir haben den Jemen, Syrien, Afghanistan, den Irak und die Ukraine, und all diese Kriege sind noch nicht befriedet. Sie führen zu Migration, der zu Hunger in den Ländern, wo diese Kriege stattfinden, und zu Tod und Vertreibung führt. Dazu kommen die Hilflosigkeit und die Unfähigkeit hier im eigenen Land. Im Ahrtal gehen wir in den zweiten Winter und stellen immer noch enorme Beschädigungen und Zerstörung fest. Wir müssen erleben, dass es Versicherungen gibt, die ablehnen, Elementarversicherungen abzuschließen, weil man auch in Deutschland sagt, „Wer in Hochrisikogebieten baut, kriegt keine Elementarversicherung mehr.“ Auch hier in Deutschland wird in Gebieten gebaut, wo man eigentlich gar nicht bauen darf, wie in ehemaligen Hochwasserablaufgebieten. Mich würde interessieren, wie kann ich etwas versichern, wenn ich nachweislich in einem Bereich lebe, der als gefährdet gilt. Unsere Antwort darauf ist, dass wir jetzt Kohle statt Atom machen, obwohl Greta Thunberg sagt, und darüber freue ich mich, „Atom ist die Zukunft.“ - das ist ja mal eine Aussage. Ich habe gestern einen Bericht gelesen, dass Deutschland in E-Mobilität macht. Wir fahren jetzt mit 2,5 Tonnen schweren SUVs durch die Gegend, mit einem unfassbaren Ressourcenpaket. Die AfD sieht das ein wenig anders, wir sagen schon seit 5 Jahren, dass wir Nachhaltigkeit und Teilhabe auf die Kontinente bringen sollen. Wirtschaftliche Zusammenarbeit heißt für uns, in Afrika für Afrika produzieren. Dann werden die ihr eigenes CO₂-Paket auf ihrem Kontinent haben, und dann will ich mal sehen, wenn China beispielsweise Industriestätten liefert, wie die Energie- und CO₂-Bi-



lanz vor Ort ist. Zum Bereich eigener Anteil gibt es ein schönes Beispiel in Madagaskar. Dort waren 80 Prozent bewaldet, jetzt sind es nur noch 3 Prozent. Die Insel wird wärmer, weil die Bäume verschwinden. Grund hierfür ist die enorm korrupte Regierung, die alles nach China verkauft. Außerdem führt der enorme Bevölkerungsdruck die Menschen dazu, die Bäume zu nutzen, um sich mit dem Holz zu wärmen und zu kochen. Wenn ich mir das ganze Bild angucke, es gibt auch Äthiopien, die den Grand-Ethiopian-Renaissance-Damm bauen, um dann vielleicht später den Ägyptern das Wasser abzugraben. Wir haben Nigeria, die demnächst 400 Millionen Einwohner haben. Welchen Anteil haben diese Länder an ihren eigenen Problemen? Das möchte ich gerne ausgeführt haben. Was hat die Entwaldung, wie in Madagaskar oder Äthiopien, eigentlich mit dem Klimawandel zu tun? Dankeschön.

Der Vorsitzende: Dankeschön für die Fragen. Die Fraktion DIE LINKE. ist nicht mehr online. Deshalb kommen wir jetzt zur Beantwortung, meine Damen und mein Herr. Sie haben jede und jeder 7 Minuten, um die Fragen zu beantworten. Wir fangen dieses Mal in umgekehrter Reihenfolge mit Frau Valderrama an. Sie haben das Wort.

Gina Cortés Valderrama (Gender and Climate Policy Manager, WECF International): Vielen Dank. Ich werde die verschiedenen Fragen so behandeln, dass ich die Themen zusammenfasse. Es wurde zuvor der Globale Schutzschirm angesprochen und wie dieses Instrument oder dieser Mechanismus die Finanzierung von Verlusten und Schäden unterstützen kann. In der Tat kann ein solcher in gewisser Weise Unterstützung leisten,

aber er sorgt nicht allein für Klimagerechtigkeit und nicht für das, was die betroffenen Menschen brauchen. Es ist nicht der richtige Weg, die Entwicklungsländer, die den Klimawandel nicht verursacht haben, weiterhin zu belasten und sie erneut in ein System einzubinden, das sie noch mehr unterdrückt und ihren finanziellen Spielraum für die Entwicklung und die Bewältigung der verschiedenen Folgen des Klimawandels einschränkt. Was die Frage „Woher soll das Geld kommen?“ betrifft. Wir sollten beispielsweise über eine Fazilität für Verluste und Schäden sprechen oder über einen Mechanismus im Rahmen des UNFCCC, einer zwischenstaatlichen Einrichtung, die eine Überwachung gewährleisten kann, die eine Möglichkeit bietet, die Bedürfnisse der tatsächlich betroffenen Gemeinschaften besser zu bewerten und nicht nur etwa auf der Grundlage von Interpretationen von Modellen, die die Realität vor Ort und die verschiedenen Arten von Finanzierungsquellen, wie wir sie bereits erwähnt haben, nicht bewerten können. Die VN-Konferenz für Handel und Entwicklung hat geschätzt, dass eine Billion USD für die Entwicklungsländer hätte bereitgestellt werden können, wenn diese Hilfe als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie angeboten worden wäre. Das Geld ist also vorhanden. Es gibt auch Studien, die zeigen, dass bei einer jährlichen Senkung der Subventionen für fossile Brennstoffe um 4 Prozent durch die G20-Länder bis 2030 245 Milliarden USD zur Unterstützung und Behebung von Verlusten und Schäden aufgebracht werden könnten. In der Sichtweise der Gemeinschaften vor Ort versucht die G7 mit einem neuen Mechanismus die Führung zu übernehmen. Doch wahre Führung bedeutet nicht, einen neuen Mechanismus ein-



zuführen, der das System der Untätigkeit aufrechterhält. Wahre Führung bedeutet, die Stimmen und den Aufruf der verschiedenen Länder der G77 zu unterstützen, wie es beispielsweise in unserer Analyse seit vielen Jahren gefordert wird, nämlich die Einrichtung der Fazilität für Verluste und Schäden, die Umsetzung. Wir werden einen dreijährigen Dialog mit dem Glasgow-Dialog beginnen. Es gibt also verschiedene Wege und Prinzipien, die die Regierungsvereinbarungen für diese Fazilität für Verluste und Schäden leisten können, wie internationale Zusammenarbeit und Solidarität auf der Grundlage des Verursacherprinzips, auf der Grundlage der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und der jeweiligen Kapazität, die im Rahmen des Übereinkommens und des Pariser Abkommens klar erwähnt wurden, als es um die Frage ging, ob wir die Finanzierung für Anpassung, Minderung von Verlusten und Schäden anerkennen oder differenzieren müssen, weil Minderung nur die Vermeidung von Verlusten und Schäden abdeckt. Unter Anpassung versteht man die Minimierung von Verlusten und Schäden. Wenn wir aber von Verlusten und Schäden sprechen, geht es um die Auswirkungen, die wir nicht abwenden, nicht anpassen und nicht minimieren konnten, und zwar in Bezug auf wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Räume. Um dies zu erreichen, müssen wir die Länder durch bedarfsorientierte Bewertungen würdigen, z. B. für die Gemeinschaften, die an vorderster Front des Klimawandels stehen, wie Frauen und Mädchen, die keinen Zugang zu irgendeiner Art von Versicherung haben. Sie haben nicht einmal Zugang zu den Besitzrechten an dem Land, das sie seit Jahren in Ländern Afrikas oder Südafrikas

bearbeiten, sind aber die ersten, die davon betroffen sind. Ein Mikrokreditsystem wird es den Frauen also nicht ermöglichen, einfach eine Kuh zu kaufen und ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, denn es gibt noch andere Arten von Verlusten, etwa Verluste in Bezug auf Kultur und Sprache. Frauen und Mädchen sind von Menstruationsarmut betroffen, weil es in ihren Ländern keine sanitären Einrichtungen gibt. Wie wird diese Versicherung diese Härten abdecken? Wie soll die Versicherung den Verlust der Traditionen des überlieferten Wissens abdecken? Das ist etwas, das in diesen Systemen nicht berücksichtigt wird, sondern in der Fazilität zur Finanzierung von Verlusten und Schäden, deren Ziel es ist, mit der kollektiven Arbeit der verschiedenen Länder, den verschiedenen Stimmen der gefährdeten Länder, diese internationale Zusammenarbeit auf der Grundlage der Solidarität zu beginnen. Da müssen wir vorankommen, denn es besteht ein dringender Bedarf. Wir haben in den letzten Berichten gesehen, dass bereits 5 der 16 Kippunkte erreicht sind, an denen es kein Zurück mehr gibt. Wir haben nicht so viel Zeit, um die Bemühungen in verschiedene Cluster aufzuteilen, aber wir können uns gemeinsam in einem multilateralen Mechanismus bewegen, in einer multilateralen Fazilität, die sich nicht so sehr um die Zukunft, sondern um die Gegenwart dieser stark betroffenen Gemeinschaften kümmert. Und so können wir vorankommen. Vielen Dank.

Maxime Souvignet (Leiter des Analyseteams, VN Universität „Institute for Environment and Human Security“): Vielen Dank für Ihre Fragen. Ich werde einige davon bündeln und versuchen, sie entspre-



chend zu beantworten. Ich glaube, eine der ersten Fragen von Abg. Zippelius war, ob der Globale Schutzschirm nur für bestimmte Länder oder eher als ein globales Projekt gedacht ist und ob er zu einer Art Engpass werden könnte. Meiner Meinung nach muss er global sein, nicht nur für bestimmte Länder. Wenn der Globale Schutzschirm funktionieren soll, braucht er einen von unten - nach oben gerichteten Ansatz, und er sollte nicht von Gebern gesteuert werden, wie dies bei einigen anderen Initiativen der Fall ist, etwa bei InsuResilience. Die neue Struktur würde durch die V20 und durch einen länderinternen Dialog vorangetrieben, der eine Struktur innerhalb des Globalen Schutzschirms ist. Es ist also sehr wichtig, dass wir diesen von unten - nach oben gerichteten Ansatz verfolgen, für alle Länder. Eine weitere Frage, die Sie hatten, betraf die Strategie des Katastrophenrisikomanagements und die Frage, wie die Versicherung darin eingebettet werden kann. Ich denke, das ist ein weiterer Aspekt, über den wir zuvor gesprochen haben, der wirklich wichtig ist, denn Versicherungen und CDRFI sind keine Allheilmittel. Wir haben das schon diskutiert, aber es wurde noch nicht konkret aufgegriffen, auf theoretischer Ebene schon. Es gibt Studien, die den Anstieg des Meeresspiegels, langsam eintretende Ereignisse und auch nichtwirtschaftliche Schäden behandeln, aber das ist eher theoretischer Natur. Es gibt einige Initiativen, bei denen eine Versicherung tatsächlich den Verlust von biologischer Vielfalt abdeckt. In Mexiko gab es einige Initiativen, aber wir sind noch nicht so weit. Das muss mit anderen Anpassungsmaßnahmen gebündelt werden. Wir nennen das bei der MCII den „intelligenten Mix“, bei dem können Teile eines solchen Risikos abgedeckt wer-

den. Es ist effizienter, diese mit Anpassungsmaßnahmen abzudecken, und für die Anpassungslücke, für Risiken, die nicht sehr häufig auftreten, aber sehr stark sind, wie starke Überschwemmungen, die wir als Risiken mit hoher Intensität und geringer Häufigkeit bezeichnen, könnten andere Maßnahmen und Instrumente, wie Indexversicherungen, aber auch Anleihen, Klimabonds usw. eingesetzt werden. Aber man muss wissen, dass diese Bündelung, dieser intelligente Mix, in jedem Schritt erfolgen muss, und das ist in jedem Land anders. Aber das ist ein wichtiger Aspekt. Ich werde jetzt zu anderen Fragen übergehen, die vielleicht eher damit zu tun haben, wie der Globale Schutzschirm und wahrscheinlich die Fazilität zur Finanzierung von Verlusten und Schäden zusammenwirken könnten. Ich denke, das wäre die richtige Richtung. Der Globale Schutzschirm funktioniert außerhalb des UNFCCC. Die Fazilität zur Finanzierung von Verlusten und Schäden ist oder sollte im Rahmen des VN-Systems, des UNFCCC, eingerichtet werden. Meiner Meinung nach wäre eine optimale Lösung ein Globaler Schutzschirm mit einigen offenen Türen zum UNFCCC und wahrscheinlich anderen Initiativen, die aus dem bereits erwähnten Grund auf den Weg gebracht werden. Der Globale Schutzschirm ist meiner Meinung nach eine hervorragende Option, weil er bereits heute stattfinden kann. Er verfügt über bestehende Strukturen, mit denen wir arbeiten können. Er funktioniert bereits und ist einsatzbereit. Er braucht mehr Finanzmittel, damit man nicht einfach das Vorhandene zur Nutzung für Verluste und Schäden transformiert. Es braucht eine enorme Menge zusätzlicher Finanzmittel, und dann muss man das für andere Initiativen öffnen, wie z. B.



die Finanz-Fazilität für Verluste und Schäden. Da kann beispielsweise durch den Dialog in den Ländern, wo es eine Schwäche dahingehend gibt, wie sie wählen. Sie haben weiter gefragt, müssen wir länderspezifisch vorgehen oder für alle Länder? Ich frage mich, für welche Länder wir mit welchen Ländern zusammenarbeiten. Darüber wird derzeit noch entschieden, aber der Prozess muss sehr transparent und von unten - nach oben gerichtet sein. Meiner Meinung nach ist dies eine offene Tür als ein Schwerpunkt des UNFCCC, der sich mit Verlusten und Schäden befasst. Allerdings werden der Globale Schutzschirm und die Fazilität für Verluste und Schäden nicht alle Probleme lösen. Schäden und Verluste sind ein großes Thema, und mit Versicherungen alleine wird das nicht zu lösen sein. Mit Blick auf die Zeit werde ich die Frage vom Abg. Mansmann nicht beantworten. Kommen wir zur WB: Der Globale Schutzschirm in seiner jetzigen Form in der Finanzierungsstruktur enthält zum einen den ISF, der umbenannt werden sollte. Ein weiterer Teil ist der Gemeinsame Multi-Geber-Fonds der V20, und schließlich ist es die GRIF der WB, der umbenannt wird. Im Augenblick spielt die WB nicht wirklich mit und gewährt im Grunde genommen eine Finanzierung, die ihrer eigenen bestehenden Finanzierungsstruktur folgt. Deutschland ist das Hauptfinanzierungsmitglied des Globalen Schutzschirms und sollte Druck auf die WB ausüben, damit sie die Struktur ändert und akzeptiert, mehr Geld in das Durchführungsprogramm fließen zu lassen. Denn im Moment leitet die WB Gelder an die WB weiter, und das ist nicht das, was getan werden muss. Die Mittel müssen in andere Durchführungsprogramme fließen. Ich habe noch ein bisschen

Zeit, und deshalb möchte ich Ihre Frage kurz beantworten. Wie ich bereits sagte, gibt es eine sehr große Bandbreite von Verlusten und Schäden auf beiden Seiten. Ich denke, es gibt viele verschiedene. Wenn man sich an die eigenen Vorgaben hält, dann gibt es nur wenige Lösungen, um zu handeln. Aber wenn man vom mittleren Weg spricht, dann gibt es mehr, und der Globale Schutzschirm ist eine dieser Lösungen, um die Frage von Verlust und Schäden anzugehen. Ich danke Ihnen vielmals.

Tasneem Essop (Geschäftsführende Direktorin Climate Action Network): Vielen Dank. Lassen Sie mich auf einige der Fragen eingehen, die in einem Paket gestellt wurden. Ich möchte klar zu ihren Fragen zum Globalen Schutzschirm, zu seinen Schwächen und zu den Möglichkeiten, ihn zu stärken, Stellung nehmen. Es sollte daran erinnert werden, dass der Globale Schutzschirm eine Initiative der G7 ist und von der deutschen Regierung in ihrer Eigenschaft als damalige G7-Präsidentschaft geleitet wurde. Es handelt sich also um eine gebergetriebene Initiative, die auch von den Gebern verwaltet wird. Wir kennen die Geschichte der G7, und die Erfolgsbilanz ist eigentlich die Nichtumsetzung oder Nichteinhaltung ihrer Zusagen. Nur ein Beispiel: Die Zusage von 100 Mrd., die sie für die Klimafinanzierung gegeben hatten, wurde nicht eingehalten. Das Versprechen, die Anpassungsfinanzierung zu verdoppeln, wurde von der G7 nicht eingehalten. Und nun sollen wir weiterhin volles Vertrauen haben, und diese großartige Versicherungsinitiative soll ins Leben gerufen werden, die sich um das Problem der großen Verluste und Schäden kümmern soll? Meiner Meinung nach sollten wir dem skeptisch



gegenüberstehen, allein aufgrund der Tatsache, dass sie von der G7 vorangetrieben wird, die bisher nur eine sehr begrenzte Erfolgsbilanz bei der Einhaltung ihrer Versprechen und Zusagen vorzuweisen hat. Wir haben soeben von einer Reihe von Rednern gehört, dass Versicherungslösungen zur Bewältigung eines Problems dieser Größenordnung ihre Grenzen haben. Es ist also nicht die Lösung, auch wenn wir meiner Meinung nach und nach Meinung unserer Organisation, nur weil wir anerkennen, dass wir uns gerade in einer Notsituation befinden, dringend eine Reihe von Initiativen in Betracht ziehen müssen. Der Kern und der zentrale Raum, um die Abläufe, die Größenordnung, die Dringlichkeit, die Transparenz und die korrekte Verwaltung der Finanzierung von Verlusten und Schäden zu gewährleisten, muss durch die UNFCCC kommen. Deshalb würde ich vorschlagen, dass wir keinen Globalen Schutzschirm nutzen, der alle erforderlichen Finanzmittel in seine Initiative einbringt, sondern dass die erforderlichen Finanzmittel in eine multilaterale Einrichtung fließen müssen. Die anderen Initiativen können unterstützend wirken und Synergien schaffen, aber sie können nicht der Ort sein, an dem die Gelder eingesammelt werden. Versicherungen haben ihre Grenzen. Das hängt weitgehend auch mit der Rückzahlung von Darlehen zusammen, und wir haben gerade von der Schuldenlast gehört, mit der diese gefährdeten Länder konfrontiert sind. Soweit meine Anmerkungen zum Globalen Schutzschirm. Das kann nicht der Ort sein, an den das ganze Geld fließt. Es ist ein Versicherungsmechanismus. Versicherungsmechanismen haben ihre Grenzen, und sie werden von der G7 gesteuert und verwaltet, die leider keine gute Erfolgsbilanz

vorzuweisen hat. In Bezug auf die Fazilität zur Finanzierung von Verlusten und Schäden hoffen und plädieren wir dafür, dass Deutschland dies unterstützt und auf der COP27 eine Vereinbarung über die Einrichtung einer solchen Fazilität getroffen wird. Dann können wir uns mit allen Modalitäten befassen, mit der Frage, wie sie umgesetzt werden kann, wie die Governance-Strukturen ausreichend inklusiv sein können usw. Wir können nicht auf einen 3jährigen Dialog warten, bevor sich bei den Maßnahmen zur Behebung von Verlusten und Schäden etwas tut. Genau das wird aber geschehen, wenn wir uns nicht in diesem Jahr einigen, eine solche Fazilität zu schaffen. In 2023 können wir uns dann mit den Modalitäten befassen, und in 2024, dem dritten Jahr des Dialogs, der kein Dialog sein sollte, können wir hoffentlich mit der Umsetzung beginnen. Das bedeutet nicht, dass in der Zwischenzeit die anderen Initiativen ihre Arbeit nicht fortsetzen können, aber sie können nicht die Geldmittel einsammeln. Woher können wir die Mittel nehmen, wobei wir natürlich wissen, und das haben einige Parlamentarier zuvor gesagt, dass wir gerade eine Zeit der Krisen durchleben und der finanzielle Spielraum begrenzt ist. In den Entwicklungsländern sind die Möglichkeiten noch eingeschränkter. In Anbetracht dessen liegen Optionen auf dem Tisch, die zum Beispiel vom VN-Generalsekretär vorgestellt wurden, wie die Einführung einer Sondersteuer auf die fossile Energiewirtschaft. Sie haben in einer Krise, und das viele Male, enorme Gewinne gemacht. Wie wäre es also mit der Einführung einer Sondersteuer als Mittel zur Finanzierung von Verlusten und Schäden, denn sie sind ja auch direkt für die Schäden verantwortlich. Eine Vermögenssteuer



könnte auch zur Debatte stehen. Es gibt eine Reihe von innovativen Finanzierungsquellen, die sich erschließen lassen, und es wäre gut, wenn wir diese untersuchen würden. Aber was mir sofort einfällt, es wurde auch bereits gefordert, und mancherorts gibt es bereits eine Sondersteuer für die fossile Energiewirtschaft. Lassen Sie mich etwas zur WB sagen: Die WB wird derzeit von einem Klimaleugner geleitet. Das Climate Action Network, also unsere Organisation, hat zusammen mit anderen Zivilgesellschaften den Rücktritt des WB-Chefs gefordert. Wir erwarten also nicht, dass die WB zum jetzigen Zeitpunkt ein guter Akteur beim Thema Klima ist. Sie hat vielmehr die fossile Energiewirtschaft sehr stark finanziert und tut dies auch weiterhin. Ich habe also meine Zweifel, ob die WB in der Lage ist, die Beseitigung von Schäden zu unterstützen, wenn sie genau die Industrie finanziert, die diese Schäden verursacht. Sie bräuchte eine grundlegende Reform, und genau darauf wurde in Washington bei den derzeitigen Treffen gedrängt. Was schließlich die COP27 und die Inklusivität betrifft, so hatte die Zivilgesellschaft bei allen COPs Probleme. Ich will ganz ehrlich sein. Das wird auch bei der COP27 nicht anders sein, und es wird wahrscheinlich noch schwieriger für das Climate Action Network. Wir haben bei allen COPs auf die Probleme der Inklusivität hingewiesen, und wir haben dies auch für die COP27 hervorgehoben. Aber, wir sind da, und es sind mehr und mehr auf dem Vormarsch. Dass sich die Länder nun endlich darauf geeinigt haben, die Finanzierung von Schäden und Verlusten auf die Tagesordnung zu setzen, ist dem Druck zu verdanken, den wir als zivilgesellschaftliche Organisationen von Glasgow bis hin zum Treffen der Delegati-

onsleiter vor kurzem ausgeübt haben. Jetzt wissen wir, dass das Thema auf der Tagesordnung stehen wird. Aber es ist nicht nur die Zivilgesellschaft, die sich für die Finanzierungsfazität einsetzt. Wir haben die Unterstützung der G77 und Chinas in dieser Frage. Sie haben sie in Glasgow gehört. Wir haben auch kleinere, die am wenigsten entwickelten Länder, die Afrika-Gruppe. Deshalb drängen Parteien, ja selbst Regierungen, auf die Einrichtung einer Fazilität für Verluste und Schäden, und ich möchte Deutschland und andere Industrieländer auffordern, der Einrichtung einer Fazilität zur Finanzierung von Verlusten und Schäden auf dieser COP27 nicht im Wege zu stehen. Wir freuen uns auf Ihre Unterstützung, zusammen mit den anderen Entwicklungsländern, die sich auf der COP27 dafür einsetzen. Vielen Dank an den Herrn Vorsitzenden und die Ausschussmitglieder.

Der Vorsitzende: Wir haben zu danken. Herzlichen Dank an alle Referentinnen und Referenten, an Sie, Frau Essop, Frau Valderama und Herrn Souvignet. Schön, dass Sie uns bereichert haben mit den vielen Gedanken, die Sie heute vorgetragen haben. Ich möchte mich auch ganz herzlich bei den Dolmetscherinnen für die hervorragende Arbeit, die sie gemacht haben, bedanken. Dankeschön auch an die Zuschauerinnen und Zuschauer, die uns zugehört und verfolgt haben bei diesem wirklich ganz aktuellen und entwicklungspolitisch bedeutsamen Thema. Wir haben heute erlebt, dass sehr, sehr viele Gedanken vorgetragen wurden. Ich werde das jetzt nicht zusammenfassen, denn die politische Bewertung kann jeder und jede selbst vornehmen. Ich denke, die Inhalte, die heute vorgetragen wurden, und die Vor-



schläge, werden eine große Rolle spielen in den Diskussionen und unserer künftigen parlamentarischen Arbeit und Beratungen. Ich möchte den Hinweis geben, dass es zu dieser Anhörung ein Wortprotokoll geben wird, das wir auf die Homepage des Deutschen Bundestages stellen werden. Das kann man noch einmal in Ruhe nachlesen oder auch überdenken. Ich bedanke mich bei Ihnen und wünsche allen Kolleginnen und Kollegen sowie den Expertinnen und Experten, auch den Zuschauerinnen und Zuschauern eine gute Woche und bitte bleiben Sie alle gesund. Die Anhörung ist beendet.

Ende der Sitzung: 12.40 Uhr

Dr. Karamba Diaby, MdB
Vorsitzender



ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AA	Auswärtiges Amt
A-Drs:	Ausschussdrucksache
AwZ	Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BfdW	Brot für die Welt
CDRFI	Climate an Disaster Risk Finance and Insurance
COP	Conference of the parties
EU	Europäische Union
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
G7	Gruppe der 7
G20	Gruppe der 20
GRIF	Gobal Risk Financing Facility
HH	Humanitäre Hilfe
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change
IPU	Interparlamentarische Union
ISF	InsuResilience Solutions Fund
MCII	Munich Climate Insurance Initiative
Mrd.	Milliarde/Milliarden
NAP	Nationale Anpassungspläne
NGO	Non Governmental Organisations
ÖA	Öffentliche Anhörung
SUV	Sport Utility Vehicle
UNEP	United Nations Environment Programme
UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change
USA	United States of America
USD	US-Dollar
V20	Vulnerable 20
VENRO	Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen
VN	Vereinte Nationen
WB	Weltbank
WECF	Women Engage for a Common Future